

Vermasseln die Rechtsparteien die Klimapläne der EU?

geschrieben von Admin | 24. Februar 2024

Kein Kontinent will den Klimaschutz derart entschlossen vorantreiben wie Europa. Doch im nächsten Juni könnten Programme wie der «Green Deal» oder «Fit for 55» einen empfindlichen Rückschlag erleiden: dann nämlich, wenn die Rechtsparteien wie prognostiziert deutlich gewinnen.

von Peter Panther

Für Sebastian Oberthür, Professor für Politikwissenschaften an der Brussels School of Governance, läuten die Alarmglocken. «Die Gefahr wächst, dass klimaskeptische Regierungen auf EU-Ebene blockieren», sagte er kürzlich zur «Welt». «Ein Ausfall der EU als Ganzes aus dem Pariser Abkommen wäre der grösstmögliche anzunehmende Unfall.»

Was Oberthür hier als Gefahr bezeichnet, hat einen realen Hintergrund: die Wahlen für das EU-Parlament im kommenden Juni. Bei diesen wird gemäss Umfragen ein deutlicher Vormarsch von Rechtsausser-Parteien erwartet. Und viele dieser Parteien, verächtlich als «Rechtspopulisten» oder Schlimmeres verschrien, sind überwiegend kritisch gegenüber dem Klimakurs der EU eingestellt. Legen sie bei den Wahlen klar zu, könnten es Klimaangelegenheiten im Parlament künftig deutlich schwerer haben.

Vermasseln AfD, FPÖ und Konsorten die schöne neue Klimawelt?

Dabei hat die Union eben erst ein hehres Ziel verkündet: Während bisher erst klar war, dass der Klimagasausstoss bis 2030 um 55 Prozent verringert werden soll («Fit for 55»), wurde vor einigen Tagen bereits die Latte für 2040 aufgelegt. Und die liegt hoch: Um satte 90 Prozent sollen die Treibhausgase bis dann reduziert werden – bevor die Klimaneutralität zehn Jahre später dann Wirklichkeit werden soll. Doch vermasseln AfD, FPÖ und Konsorten nun die schöne neue Klimawelt?

Europa gilt als weltweiter Vorreiter in Sachen Klimaschutz. Kein anderer Kontinent will derart weit gehen. Während das Engagement Amerikas wackelt – besonders bei einer Wiederwahl von Donald Trump als Präsident –, und andere Weltgegenden die Klimapolitik eher gemächlich angehen, ist die EU vorgeprescht. Doch mit dem Vormarsch «rechtspopulistischer» Parteien drohe im EU-Parlament eine Koalition, die gegen die Klimapolitik gerichtet sei, warnte die Denkfabrik «European Council on Foreign Relations» im Januar.

Allerdings bilden die Rechtsparteien, was ihre Standpunkte in Sachen

Klimawandel angeht, keineswegs einen einheitlichen Block. Vielmehr unterscheiden sich ihre Positionen zum Teil deutlich: Während sie in einigen Ländern die menschengemachte Erderwärmung per se bezweifeln, stellen sie anderswo nur die konkreten Massnahmen in Frage – oder sind gar pro Klimaschutz eingestellt.

Grosse Unterschiede bei den Positionen zum Klimaschutz

Hier eine Übersicht über den Klimakurs der Rechtsparteien in einigen Ländern:

In **Deutschland** gehört die AfD zu den klimaskeptischsten Parteien des ganzen Kontinents. Auf ihrer Webseite steht: «Die Aussagen des Weltklimarats, dass Klimaänderungen vorwiegend menschengemacht seien, sind wissenschaftlich nicht gesichert.» Denn diese Aussagen basierten auf Rechenmodellen, «die weder das vergangene noch das aktuelle Klima korrekt beschreiben können».

In den **Niederlanden** ist die «Partei der Freiheit» (PVV) von Geert Wilders, die im letzten November die Parlamentswahlen gewonnen hat, bezüglich Klima nicht minder oppositionell. «Man hat uns jahrzehntelang Angst vor dem Klimawandel eingeflösst», heisst es im Programm der Partei. «Für diesen unbezahlbaren Wahnsinn muss unsere gesamte Lebensweise auf den Kopf gestellt werden.» Wilders sprach sich im Wahlkampf dafür aus, dass die Niederlande das Pariser Klimaabkommen aufkündigen.

Klimaskeptisch geben sich in **Schweden** auch die Schwedendemokraten. Sie unterstützen die aktuelle Minderheitsregierung und haben daher viel Einfluss. Der Parteivorsitzende Jimmie Åkesson hat in einem Fernsehinterview gesagt, es gebe keinen wissenschaftlichen Beweis für eine Klimakrise. Vielmehr habe man es mit einer «neuen Religion» zu tun.

Auch bei der Freiheitlichen Partei (FPÖ) in **Österreich** hält man nicht viel von Klimaschutz. Aber angesichts der Aussicht, stärkste politische Kraft des Landes zu werden, hat man sich etwas eingemittelt. Noch 2022 sprach FPÖ-Chef Herbert Kickl vom «sogenannten Klimawandel» und bezeichnete den Weltklimarat als «Glaubenskongregation». Mittlerweile erachtet er die «Klimakrise» aber nicht mehr als generell irrelevant. Es sei gut, auf nachhaltige Energiequellen umzustellen. Allerdings sei die aktuelle Klimapolitik «völlig überbordend», so Kickl.

In **Frankreich** hat auch Marine Le Pen, Chefin des Rassemblement National, intakte Chancen, bald an der Macht zu sein. Entsprechend macht ihre Partei nicht auf Totalopposition und liess verlauten, es sei politisch kontraproduktiv, den menschengemachten Klimawandel abzustreiten. Allerdings mahnte Le Pen noch im Präsidentschaftskampf 2022, der angestrebte ökologische Übergang müsse «langsamer vonstatten» gehen.

Auch hat sie den Weltklimarat als «sehr, sehr alarmistisch» bezeichnet.

Bereits an den Schalthebeln der Macht ist in **Italien** Giorgia Meloni von den rechtsstehenden Fratelli d' Italia. Sie setzt sich gemäss ihren Bekundungen für mehr Klimaschutz ein, allerdings mit der Einschränkung, dass dieser wirtschaftsverträglich erfolgen müsse. Kritische Töne gab es auch von ihr schon, hat sie doch den «Green Deal», das zentrale Klimaschutzprogramm der EU, als «Klimafundamentalismus» bezeichnet.

Viktor Orban in **Ungarn** ist zwar in der EU-Zentrale gar nicht beliebt. Am Thema Klimaschutz aber liegt es wohl nicht, bekennt sich doch der Regierungschef von der rechtsnationalen Fidesz-Partei zu einem forcierten Klimaschutz. Dieser sei eine «patriotische und christliche Pflicht». Orban hat aber die Klimapläne der EU zu einem früheren Zeitpunkt als «utopische Fantasien» bezeichnet.

AfD, PVV und Ukip am stärksten klimaskeptisch

Aufschlussreich – wenn auch nicht mehr taufrisch – ist eine Erhebung des Berliner Denkfabrik Adelphi von 2019. Sie hat das Abstimmungsverhalten der Vertreter von Rechtsparteien aus 16 Ländern im EU-Parlament ausgewertet. Einbezogen wurden 13 Abstimmungen in Sachen Klimaschutz und Energie in den Jahren 2015 bis 2018. Am stärksten klimaskeptisch schnitt dabei die deutsche AfD ab, gefolgt von der niederländischen PVV und der britischen UK Independence Party (Grossbritannien war damals noch Mitglied der EU). Fast durchgehend für mehr Klimaschutz stimmten demgegenüber die Abgeordneten der Partei «Order and Justice» aus Litauen sowie der Fidesz aus Ungarn.

Deutschland braucht sichere und bezahlbare Energie

geschrieben von Admin | 24. Februar 2024

Im Wohlstandsrausch will Deutschland das Weltklima mit der Energiewende retten. Physikalische Gesetze und ökonomische Vernunft werden nicht beachtet. Der wirtschaftliche Niedergang läuft.

**Prof. Dr. Ing. Hans-Günter Appel Pressesprecher NAEB e.V.
Stromverbraucherschutz**

Die Berichte werden erschreckender. Deutschlands Wirtschaft ist im Sinkflug. Der sinkende Bedarf an elektrischer Energie, der von den

Grünen als Erfolg ihrer Politik sogar gefeiert wird, verdeutlicht dies drastisch. Doch die Bruchlandung kommt näher. Der sinkende Energiebedarf ist die Folge des Industrieabbaus. Hauptgrund ist der hohe Strompreis durch die Energiewende für die „Weltklimarettung“.

Energieintensive Betriebe der Chemie-, Stahl-, Aluminium-, Zement-, Glas- und Papierindustrie müssen schließen, weil sie durch die hohen Strompreise unwirtschaftlich werden. Wirtschaftsminister Habeck will nun die Industrie mit Krediten stützen und so ein weiteres Abwandern verhindern. An der Energiewende soll aber ohne Abstriche festgehalten werden.

Das Ziel ist, die fossilen Brennstoffe Kohle, Erdöl und Erdgas durch unberechenbaren Wind- und Solarstrom (Fakepower) zu ersetzen. Nach Angaben von Bundeskanzler Scholz in einer Rede sollen dafür jährlich mehr als 100 Milliarden Euro aufgewendet werden. Ein wesentlicher Teil kommt aus dem Klima- und Transformationsfonds, der maßgeblich von den CO₂-Steuern auf Heiz- und Treibstoffe gespeist wird.

Mit dem Fortschreiten der Energiewende sollen alle Kohlekraftwerke abgeschaltet werden. Dann verliert Deutschland die letzte heimische Energieversorgung, die Braunkohlekraftwerke, und wird leicht erpressbar mit dem Hinweis, die Importe von fossilen Brennstoffen könnten gedrosselt oder gar gestoppt werden. Denn wir werden noch viele Jahrzehnte auf Kohle, Erdöl und Erdgas zur Deckung unseres Energiebedarfs angewiesen sein. Die Realität ist stärker als die beschlossenen Ausstiegsgesetze.

Besonders in Krisenzeiten brauchen wir eine sichere Energieversorgung. In erster Linie müssen wir die verfügbaren heimischen Energieträger nutzen. Die Braunkohleverstromung darf nicht eingestellt, sondern muss ausgebaut werden. Die Gewinnung von Gas und Öl durch Fracking muss in Deutschland in Angriff genommen werden. Es gibt Lagerstätten für Jahrzehnte. Die Herkunftsländer für Kohle, Gas- und Ölimporte sollten breit gestreut sein, um Lieferengpässe zu vermeiden. Erdgaslieferungen aus Russland sollten über die noch nutzbare Ostsee-Pipeline wieder aufgenommen werden. Das derzeitige Embargo schwächt Europa mehr als Russland.

Für den Ernstfall müssen wir auf Energievorräte zurückgreifen können. Für Erdöl ist dies weiterhin der Fall. Vor gut 50 Jahren haben die Araber, die damals den Weltmarkt beherrschten, die Exporte eingestellt. Es gab autofreie Sonntage. Damals hat die Regierung beschlossen, Vorräte für 90 Tage anzulegen. Diese Vorräte gibt es heute noch. Es lagern 10 Millionen Tonnen Erdöl in Salzkavernen in Norddeutschland. Die Kosten bezahlen die Autofahrer mit 0,5 Cent pro Liter.

Auch für Erdgas gibt es Vorräte in Kavernen. Dies sind keine strategischen Vorräte, sondern Einlagerungen im Sommer für die hohe Nachfrage im Winter.

Kohle ist aus vielen Teilen der Welt zu günstigen Preisen verfügbar. Sie kann beliebig lange Zeit auf Halden gelagert werden. Behälter, Pumpen und Rohrleitungen werden nicht gebraucht. Das Lagern von Kohle ist die günstigste Bevorratung von Energie.

Eine Bewertung zeigt, die Stromerzeugung mit Importkohle kostet ca. 5 Cent pro Kilowattstunde (ct/kWh) und wird nur noch vom heimischen Braunkohlestrom mit 3 ct/kWh unterboten. Verteuert wird der Kohlestrom zurzeit um 6 ct/kWh durch die politisch motivierten Abgaben auf CO₂-Emissionen zur Weltklimarettung.

Würde mit der Energiewende Schluss gemacht, ließen sich jährlich mehr als 100 Milliarden Euro an öffentlichen Ausgaben einsparen. Als Folge würde der Strompreis halbiert und die Stromversorgung wesentlich sicherer werden. Unsere Regierung hat die Chance, mit Hinweis auf die geänderten politischen Bedingungen ohne Gesichtsverlust die Energiewende aufzugeben. Wird sie diese Chance nutzen oder mit „weiter so“ ihre Abwahl verschulden? Die Wahlen der nächsten Monate werden die Frage beantworten.

ANDERS ALS GEDACHT – Deutliche Kostenvorteile der Kernkraft

geschrieben von Admin | 24. Februar 2024

von Alex Reichmuth

Geradezu mantrahaft wiederholen Kernkraftgegner, Strom aus neuen Atomkraftwerken könne man kaum bezahlen. «Die neuen AKW sind zu teuer», behauptete Mitte-Nationalrat Stefan Müller-Altermatt in der «Arena». SP-Nationalrätin Martina Munz verstieg sich bei einem öffentlichen Auftritt gar zur Aussage: «AKW-Strom ist der teuerste Strom, den wir überhaupt haben können.»

Man muss solche Aussagen als Fake News bezeichnen. Serioöse Studien kommen zum Schluss, dass Atomstrom aus neuen Werken vergleichsweise günstig bis sehr günstig ist. Vor kurzem hat auch Georg Schwarz in einer Kostenschätzung ein solches Fazit gezogen. Schwarz ist ehemaliger stellvertretender Direktor des

Eidgenössischen Nuklearsicherheitsinspektorat, versteht also etwas von der Atomtechnologie.

Er rechnet die Kosten für neue Kernkraftwerke in der Schweiz auf 5,7 Rappen pro Kilowattstunde Strom hoch. Der Aufwand für die Stilllegung der Werke und die Entsorgung des Abfalls ist dabei berücksichtigt. Damit ist Atomstrom deutlich billiger als solcher von Fotovoltaik-Anlagen (PV) mit 10,3 Rappen und Windturbinen (8,8 Rappen). Und nur wenig teurer als solcher aus bestehenden Wasser-Speicherkraftwerken (5,3 Rappen).

Georg Schwarz geht in seinem Blogbeitrag auch auf die europäischen Neubauprojekte Olkiluoto 3 in Finnland, Flamanville 3 in Frankreich und Hinkley Point C in Grossbritannien ein, wo die Bauzeiten und der Aufwand aus dem Ruder gelaufen sind. Er rechnet vor, dass der Atomstrom aus diesen Werken kostenmäßig trotzdem im Rahmen bleibt. Das Gleiche gelte für das Neubauprojekt Vogtle im amerikanischen Bundesstaat Georgia: «Selbst Vogtle, das bisher teuerste Kernkraftwerk der Welt, produziert bei Zugrundelegung von schweizerischen Realzinsen und Betriebskosten etwa gleich teuer wie onshore-Windkraft und deutlich günstiger als Fotovoltaik.»

Hartnäckige Klischees

Auch laut dem Bund ist Atomstrom günstig. Eine Studie im Auftrag des Bundesamts für Energie schätzte vor vier Jahren die Gestehungskosten für Strom aus neuen KKW im Jahr 2035 auf 5 bis 12 Rappen pro Kilowattstunde, während PV-Strom zwischen 5 und 18 Rappen kostet und Windstrom auf 10 bis 15 Rappen zu stehen kommt. Das Nuklearforum dazu in einem «White Paper»: «Die lange Laufdauer und die enormen Mengen an klimafreundlicher Energie, welche über Jahrzehnte aus Nuklearanlagen gewonnen werden können, führen zu insgesamt attraktiven Gestehungskosten.»

Und dabei ist noch nicht berücksichtigt, dass bei Wind- und Solarstrom im Gegensatz zu Atomstrom beträchtliche weitere Kosten für die Integration dieser fluktuierenden Energiequellen ins Stromsystem anfallen – es werden neue Energiespeicher und ein Ausbau der Stromnetze nötig.

Entsprechende Berechnungen hat der amerikanische Ökonom Robert Idel vorgenommen. In einer Studie im Fachblatt Energy kam er 2022 zum Resultat, dass Solarstrom in Deutschland vierzehnmal so teuer wie Atomstrom ist, wenn man ein Stromsystem ausschliesslich auf PV-Anlagen beziehungsweise Kernkraftwerke abstellt und dabei die vollen Systemkosten berücksichtigt. Auch Windstrom ist demnach fast fünfmal teurer als AKW-Strom, und selbst bei einem gemischten System aus PV- und Windanlagen kostet der Strom rund viermal mehr als in einem AKW-System. Angesichts solcher Zahlen ist es unverständlich, dass selbst Firmenlenker aus der Energiebranche die Maß vom teuren Atomstrom verbreiten. Die Kernkraft sei «schlicht zu teuer», behauptete Axpo-Chef Christoph Brand 2021 in einem Interview. Wie genau er zu diesem Schluss

kam, blieb im Dunkeln.

Alex Reichmuth ist Redaktor beim Nebelspalter. Der Artikel erschien zuerst in der Schweizer Weltwoche hier.

Die grüne Falle. Wie der Ökologismus unsere Gesellschaft vergiftet

geschrieben von Admin | 24. Februar 2024

Edgar L. Gärtner

Unter diesem Titel hat der Wiesbadener Chemiker Dr. Heinz Hug im vergangenen Jahr eine erweiterte und aktualisierte Neuauflage seines Buches „Die Angsttrompeter“ von 2006 vorgelegt – eines ebenso polemischen wie humorvollen Frontalangriffs auf die von den Grünen aller Parteien errichtete „Ökoquasition“. Um das vorweg zu sagen: Heinz Hug schafft es auf über 400 Seiten Text mit seinem unterhaltsamen, satirisch-kurzweiligen Stil und zahlreichen Illustrationen, komplizierte Sachinformationen zu vermitteln, ohne die Leser zu überfordern. Mit Hohn und Spott stellt er grüne Ammenmärchen bloß und gibt sie der Lächerlichkeit preis. Dieses Stilmittel hat er gewählt, um den Lesern und Leserinnen (Frauen lesen mehr als Männer) zu zeigen, „wie lächerlich sie sich machen, wenn sie den aus Ökosprechereien dröhnenden Narrativen folgen.“ Denn Lächerlich machen ist nach Hug die schärfste Waffe anständiger Menschen gegen den Totalitarismus, denn es nimmt den Respekt vor der neuen Obrigkeit. Wer jetzt meint, man dürfe das Werk und den Autor nicht ernst nehmen, täuscht sich, denn der gelernte Diplom-Chemiker, der im Industriepark Frankfurt-Höchst Jahrzehnte lang Chemikanten in instrumenteller Analytik ausgebildet und darüber auch verbreitete Lehrbücher verfasst hat, untermauert seine Argumente mit über 900 Literaturzitaten. So lernen die Leser schmunzelnd eine Menge über grundlegende Naturgesetze und Analysetechniken.

Den real existierenden Klimaschutz identifiziert Hug als Blaupause des gescheiterten real existierenden Sozialismus, wobei die Orwell'sche Sprachschöpfung „Klimaleugner“ Skeptiker wohl in die Nähe von Holocaust-Leugner rücken soll. Schon über die Sinnhaftigkeit des Begriffs „Weltklima“ kann bzw. muss man geteilter Meinung sein. Denn der Begriff „Klima“ diente ursprünglich zur Abgrenzung der Lebensbedingungen einer Region gegenüber einer andern. Nur wenn in den Tropen die gleichen Lebensbedingungen herrschten wie in den Polarregionen, wäre der Begriff „Weltklima“ sinnvoll. Gemeint ist damit offenbar der Gesamtzustand der

Erdatmosphäre. Dieser lässt sich, so Hug, von so genannten Treibhausgasen so wenig beeindrucken wie die Eiche, an der sich eine Wildsau kratzt. Weshalb dies so ist, legt Heinz Hug gut nachvollziehbar im Kapitel 10 seines Buches dar. Ich für meinen Teil frage mich ohnehin, ob man einen Raum ohne Dach als Treibhaus behandeln kann.

Auf der Basis der gängigen Treibhaus-Hypothese und mithilfe der offiziell veröffentlichten spektroskopischen Daten des IPCC rechnet Hug nachvollziehbar vor: Wird der CO₂-Gehalt der Atmosphäre um 100 Prozent gesteigert, erhöht sich der „Treibhauseffekt“ um gerade einmal 1,2 Prozent, was für eine Erwärmung von etwa 0,6 °C reichen würde. Um diese Petitesse zu umgehen, benutzen die im Sold der Nachhaltigkeitspolitik stehen Klimaforscher, so Hug, einen faulen Taschenspielertrick. Sie argumentieren: Diese 0,6 °C lassen mehr Wasser aus den Ozeanen verdampfen. Da der gebildete Wasserdampf aber ebenfalls als „Treibhausgas“ gilt, kommen die Computerklimamodelle auf eine wesentlich stärkere Temperaturerhöhung. Für diese steile These gibt es aber keinen naturwissenschaftlichen Beweis.

Das bisschen mehr Wasserdampf bei 0,6 °C Temperaturerhöhung käme auch zustande, wenn die Bewölkungsdichte über den Ozeanen wegen stärkerer Sonneneinstrahlung etwas geringer wäre – wie im wolkenarmen Sommer 2022. Die Folge war ein verregnetes Jahr 2023, denn das unter starker Sonneneinstrahlung verdampfte Wasser verschwindet nicht einfach, sondern kehrt als Regen auf den Erdboden zurück.

Lapidar stellt Heinz Hug fest: *„(Es) gibt nicht einen einzigen naturwissenschaftlichen Beweis für die politisch festgelegte Behauptung, das Klima werde von ‚Treibhausgasen‘ gesteuert.“* Und tatsächlich liest man auf Seite 257: *„Ein schlüssiges Experiment hierzu existiert nicht, denn „der Treibhauseffekt selbst kann nicht gemessen, sondern nur berechnet werden. Das gibt selbst Professor Raschke vom politisch-korrekten Klimaforschungszentrum Geesthacht unumwunden zu.“* Berechenbar ist die Erdatmosphäre als chaotisches System ohnehin nicht. Da bräuchte es den berühmten Laplace'schen Dämon, der nicht nur die Lottozahlen der kommenden Woche vorausberechnen könnte. Klimamodellierung sei deshalb der *„Versuch, den Laplace'schen Dämon zum Leben zu erwecken“*, schließt Heinz Hug.

Über dem virtuellen Klimaschutz sollte man aber den klassischen Umweltschutz nicht vernachlässigen, betont Heinz Hug. Das Gegenteil eines sinnvollen Umweltschutzes ist der Ökologismus von dem die weltweite grüne Bewegung lebt. Es handele sich dabei um eine neuzeitliche, freiheitsfeindliche Religion, die vom damaligen US-Präsidenten Richard Nixon und dessen Beratern um 1970 begründet wurde, um vom Desaster des Vietnam-Krieges abzulenken. Aus dieser Zeit stamme auch die politische regulatorische Toxikologie, die streng von der wissenschaftlichen Toxikologie unterschieden werden müsse. Die wissenschaftliche Toxikologie definiert anhand von Tierversuchen und empirischen Daten Grenzwerte, die beispielsweise der Liste der maximal

an Arbeitsplätzen zulässigen Schadstoff-Konzentrationen (MAK) zugrunde liegen. Die regulatorische Toxikologie nimmt diese wissenschaftlich ermittelten Gift- und Schadstoffmengen und definiert als Grenzwert ein Tausendstel der Dosis, bei der der empfindlichste Organismus gerade noch keinen Schaden nimmt. Wird dieser Umweltschutzgrenzwert um den Faktor 10 überschritten, beträgt der Sicherheitsabstand noch immer 100. Dadurch wurden Stoffe, die kaum giftiger sind als Kochsalz, auf einmal zu gefährlichen Umweltgiften. Ein Beispiel dafür ist das vielfach bewährte, weil harmlose Unkrautbekämpfungsmittel Glyphosat. Dazu Heinz Hug: *„Ganz offensichtlich kann man der Journaille vorsetzen, was man will: wenn sich ein schöner, brühwarmer Ökosud daraus kochen lässt, dann wird er dampfend serviert.“*

Nach Meinung Hugs wurde die ursprünglich wissenschaftsbasierte Ökologie durch etwas verdrängt, das die jüdische Philosophin Hannah Arendt in ihrem Buch *„Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft“* (1955) als „organisiertes Lügen“ bezeichnete. Die damals 74-jährige Anthropologin Margaret Mead gab das 1975 in einer Grundsatzrede auf der von der US-Regierung einberufenen Konferenz im Fogarty International Center, Bethesda, zum Thema *„The Atmosphere endangered and endangering“* offen zu: *„Wir stehen vor einer Periode, in der die Gesellschaft Entscheidungen im globalen Rahmen treffen muss ... Was wir von Wissenschaftlern brauchen, sind plausible, möglichst widerspruchsfreie Abschätzungen, die Politiker nutzen können, ein System künstlicher, aber wirkungsvoller Warnungen aufzubauen, Warnungen, die den Instinkten entsprechen, die Tiere vor dem Hurrikan fliehen lassen ... Es geht darum, dass die notwendige Fähigkeit, Opfer zu erbringen, stimuliert wird. Es ist deswegen wichtig, unsere Aufmerksamkeit auf die Betonung großer möglicher Gefahren für die Menschheit zu konzentrieren.“* Im Bericht des Club of Rome *„Die globale Revolution“* von 1991 wird das so übersetzt: *„Auf der Suche nach einem neuen Feind, der uns wieder zusammenbringen könnte, kam uns die Idee, dass Umweltverschmutzung, die drohende Klimaerwärmung, Wasserknappheit, Hunger und dergleichen das auch leisten können.“*

Das ist nur eine kleine Auswahl der von Heinz Hug witzige Art behandelten ernstesten Themen. Bei allen macht Hug deutlich, dass man über der (angeblichen) Komplexität gesellschaftlicher Probleme die Kompetenz des gesunden Menschenverstandes nicht vernachlässigen sollte. Im Klartext: Wir brauchen keine Gremien wie das World Economic Forum (WEF) mit seiner Künstlichen Intelligenz und Hirn-Transplantaten oder den Club of Rome (CoR) mit seinen Computersimulationen, um erkennen zu können, was nottut. Hilfreich wäre vielmehr meines Erachtens die Entpolitisierung der wissenschaftlichen Forschung.

Heinz Hug: Die Grüne Falle. Wie der Ökologismus unsere Gesellschaft vergiftet. WELTBUCH Verlag, CH-Sargans 2023. 436S. € 22,90

Windenergie im Burgenland Klimaschutz oder Klimaschaden?

geschrieben von Admin | 24. Februar 2024

Burgenland mit Windmühle, Bild Verfasser.